Wenn sie schon eine klare Antwort geben, ist schon viel erreicht. Lehnen sie ab, so sind sie entlarvt. Das wollen wir. Denn von euch, Arbeiter der SPD., glauben doch noch viele, daß diese eure Führer wenigstens für Reformen zu haben sind. Wir aber wissen, daß das nicht der Fall ist. Und wir wollen euch das beweisen.

Was ist daran „unsittlich"? Wenn es wahr ist, was wir glauben und wissen, dann ist es höchste **proletarische Sittlichkeit**, euch das zu beweisen: denn offenbaren Betrügern wird kein ehrlicher Arbeiter folgen.

Wenn wir uns aber täuschen sollten, so mögen doch eure Führer **beweisen**, daß sie nicht das sind, wofür man sie nach ihren elfjährigen Leistungen für Klassenharmonie und Burgfrieden mit den Kapitalisten zu halten mehr als berechtigt ist.

Sind die „linken" eurer Führer anders als die rechten, so mögen sie es **beweisen**. Wir trauen ihnen genau so wenig, wie den rechten. Ihr glaubt, es gäbe Unterschiede; dann **zwingt** sie, diese Unterschiede anders als mit dem **Maul** zu beweisen.

Oder soll vielleicht unsere „Unsittlichkeit" darin bestehen, daß die Vorschläge unseres „Offenen Briefes" nicht das kommunistische Programm wiederholen?

Aber wir sagen euch ganz offen und ohne Umschweife:

**„Wir lassen nicht das geringste von unserem Programm fallen, wir erklären insbesondere, daß die Arbeiterklasse nicht eher Sicherheit hat vor der Reaktion, als bis sie ihre proletarische Diktatur errichtet und gesichert hat, wir sagen unumwunden, daß keinerlei Reformismus den revolutionären Klassenkampf ersetzen kann."**

Alles das wollen wir euch beweisen. Ihr glaubt es noch nicht, oder zum Teil noch nicht. Aber ihr wißt doch alle, daß ohne die Durchsetzung der Mindestmaßnahmen unseres „Offenen Briefes" auch **keine demokratische Republik denkbar ist.** Also haben wir zunächst gleichen Weg, gleiches Ziel. Wollt ihr wirklich lieber mit Feinden eurer eigenen Klasse gehen, mit bürgerlichen „Demokraten", die euch ausnutzen, um ihre Ziele zu erreichen, und um die Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen? Ihr wollt das gewiß nicht. Eure **Führer** wollen das gewiß. Sie wollen mit den Stinnes-, Thyssen und Klöcknerkonzernen und mit der Diskontogesellschaft und mit der Darmstädter Bank, sowie der AEG. gehen, denn das sind die Kräfte, welche hinter den Demokraten und dem Zentrum stehen. Ihr aber wollt gegen die Monarchisten gehen.

Eure Führer haben vor der Wahl Hindenburgs das Maul mächtig voll genommen. Jetzt schreien sie: Seid auf der Hut! Heinrich Heine schrieb vor 70 Jahren, das Deutschland schnarche in der sicheren Hut von 36 Monarchen. Eure Führer wollen euch jetzt zum Schnarchen bringen in der „sicheren Hut" von Wels, Dittmann und Crispien, die euch so herrlich weit gebracht. **„Ich gehe zu Hindenburg"**, das war ihr Wahlspruch 1914! Jetzt seid ihr, sind wir alle angekommen bei Hindenburg. „Auf der Hut sein", das ist sehr wenig nach den bombastischen Ankündigungen der letzten Wochen. „Die Republik ist in Gefahr", schreien sie, eure Führer. Ja, die Republik ist in Gefahr, sagen wir auch heute, wo jenen es schon leid tut, das Maul so voll genommen zu haben. Die Gefahr bannen, das heißt: nicht „auf der Hut" stehen, sondern die Monarchisten angreifen. Seid ihr bereit dazu? **Werdet ihr Hindenburgs Einzug begrüßen, wie er's verdient?** Und was werden eure Führer tun? Das sind die Fragen, die ihr zu beantworten habt.

## In Hilfsstellung für die deutsche Wirtschaft

**Luther auf dem Industrie- und Handelstag.**

In Berlin hat sich der Industrie- und Handelstag, die Vertretung des großen Industrie- und Bankkapitals versammelt.

Luther hat die Gelegenheit benutzt, sofort nach seiner Konferenz mit Hindenburg vor diesem Forum der Großkapitalisten, dem er sich mehr verantwortlich fühlt, als dem Reichstag, weil er von ihm allein abhängig ist, Rede und Antwort über die Hindenburg-Politik nach innen und außen zu stehen.

Ehe Luther sprach, referierte der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm, der sich zu den Demokraten rechnet, über

**die Wirtschaftslage.**

Dabei ergab sich, daß der demokratische Wirtschaftsminister a. D. sich in nichts unterscheidet von dem zur Zeit amtierenden deutschnationalen Wirtschaftsminister. Es war die alte Leier: Der Ernst der Handelsbilanz, die Schwierigkeit der Aufwertung, die Teuerung der Tarife der dawesierten Reichsbahn, die Notwendigkeit der radikalen Aufhebung aller Vermögenssteuern und die Hinderung der Ausfuhr durch weitere Schmutzkonkurrenz, gegründet auf die Kuliarbeit der deutschen Werktätigen.

Dann redete Luther. Er selbst hat seiner Rede die Ueberschrift gegeben, indem er erklärte:

**„Die Reichsregierung ihrerseits muß der Wirtschaft Hilfsstellung gewähren."**

Worin gewährt sie ihr Hilfsstellung? Luther antwortet:

1. In der Frage der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes durch Bildung von Sparkapital. Wie aber soll das geschehen, so lange die Löhne der Arbeiter niedrig, ihre Steuern hoch bleiben? Luther weiß keine Antwort als die, die Ausbeutung noch zu verschärfen, die Massensteuern noch zu erhöhen, um so aus den Knochen der Werktätigen das fehlende Kapital herauszuholen.

2. In der Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit. Wie sie unter der Fessel des Dawespaktes herbeiführen? Luther kündigt

**die Einbringung der Zollvorlage**

für die nächsten Tage an. Schutzzölle auf Brot und Eisen, Absatzmöglichkeiten, gestützt auf die Hundelohne der deutschen Arbeiter: das ist die Sanierung der deutschen Wirtschaft durch die Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs, die nichts anderes ist als die Verwirklichung des Dawespaktes, als das Vegetieren des deutschen Kapitalismus im Schwanz des Weltimperialismus.

Utopische Exportüberschüsse, herausgeholt aus der Ueberarbeit, dem Hunger der deutschen Arbeiter, aus ihren Massensteuern: das ist das A und O der Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs, der Politik der Dawes-Erfüllung.

Der „Vorwärts" nennt es: das alte Lied. Eine unvorsichtige Wendung für die schwarz-rot-gelben Volksblock-Journalisten, denn wenn Luthers und Hindenburgs wirtschaftspolitisches Lied ein altes Lied ist — und das ist es in der Tat —, dann ist es auch schon das Lied der Marx-Regierung und der Sozialdemokraten gewesen, die den Achtstundentag beseitigt, den Dawespakt angenommen, die Lohn- und Umsatzsteuer eingeführt haben, und die heute für den Zollschutz von Industrieprodukten sind.

Schließlich sprach Luther

**zur Währungsfrage.**

Er dementierte die Gerüchte über eine neue Inflation. Aber an der Börse werden Pfund- und Dollardevisen gekauft, weil die Kredite stocken, weil alte Kredite zurückgezahlt werden müssen. Die Zinsen für kurzfristige Wechselkredite steigen: alles Zeichen dafür, daß im Zusammenhang mit der Dawesierung die Beruhigung der deutschen Währung nicht endgültig erreicht ist. Gerade die Worte Luthers, daß die Mark nicht gefährdet sei, beweist die Gefahr, die für sie besteht.

Sie zeigt den Werktätigen den ganzen Ernst der Lage. Sie zeigt, daß, wollen sie die ihre Existenz verneinende Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs bekämpfen, sie sich zur roten Front aller Ausgebeuteten zusammenschließen müssen, um wenigstens ein Notprogramm durchzusetzen. Das Notprogramm des Achtstundentages, der Friedensreallöhne, der Beseitigung der Massensteuern, der Wirtschaftsvereinigung mit Räterußland.

Die nachfolgenden Redner, sogenannte „Wirtschaftsführer", wandelten nun die von Hamm und Luther angeschlagenen Themen ab. Eine Resolution, die die Forderung der Reichssteuer-Beseitigung und die Hilfsstellung der Bürgerblock-Regierung im Dienste des Großkapitals unterstützt, wurde angenommen.

## Werbt Leser für die „Arbeiterstimme"!

**Die Auflage unserer Zeitung ist seit dem 1. April um**

**800 Abonnenten**

**gestiegen. Die Zahl der neuen Leser muß im Monat Mai doppelt so groß sein.**

## Die sozialdemokratische Marx-Kandidatur wirkt sich aus

Die Telunion meldet: „An das Ministerium für Volksbildung zu Dresden hat der Verband des freien Protestantismus in Sachsen (Freie volkskirchliche Vereinigung, Bund für Gegenwartchristentum, Protestantenverein) folgende Eingabe gerichtet: Die unterzeichneten Vereinigungen gestatten sich, dem Ministerium für Volksbildung folgende, das „Pädagogische Institut" zu Dresden betreffende dringliche Bitte zu unterbreiten: Da nach Art. 149 der Reichsverfassung der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach der Schule ist und dem Lehrer in seiner „Erziehungsarbeit" die religiöse Unterweisung „anerkanntermaßen" die allerwertvollsten Dienste leistet, ist es unbedingt erforderlich, daß an einem pädagogischen Institut auch Religionslehrer ausgebildet werden und diesen die notwendige theologisch-wissenschaftliche wie „religionspädagogische" Vorbildung vermittelt wird."

Sozialdemokratische Marx-Kandidatur und Hindenburg-Republik — man merkt, sie wittern Morgenluft!

## Die sächsischen Industriellen fordern weitere Steuerermäßigung

Schon vor einiger Zeit deuteten wir darauf hin, daß die sächsischen Industriellen noch weitere Steuerermäßigungen fordern werden. Unsere Voraussage hat sich bestätigt. Jetzt verbreitet die Telunion nämlich folgende Meldung:

„Im Verband Sächsischer Industrieller häufen sich die Beschwerden über die Untragbarkeit des trotz der vorgenommenen kleinen (!) Erleichterungen, die Leistungsfähigkeit der Pflichtigen noch immer übersteigenden und die Produktion hemmenden Steuerdruckes. Mit der parlamentarischen Erledigung des Steuerreformwerkes kann man nach den bisherigen Erfahrungen für die nächste Zeit noch nicht rechnen, um so weniger, als der Reichsrat bedauerlicherweise gerade in besonders wichtigen Punkten den Anträgen der Wirtschaftskreise sich verschlossen hat. Nach Ansicht des Verbandes kann nicht länger damit gewartet werden, daß wenigstens in den Vorauszahlungen die notwendige Erleichterung eingeräumt wird. Das kann geschehen, wenn die Regierung im Verordnungswege schon jetzt die Stundung solcher Beträge zuläßt, die aller Voraussicht nach den wirklichen Steuerbetrag auf das laufende Jahr überschreiten, und wenn ferner die Vorauszahlungsbeträge auch generell herabgesetzt werden. Der Verband Sächsischer Industrieller hat Schritte in dieser Richtung eingeleitet, damit dieses für die gegenwärtige Wirtschaftslage unabweisbare Bedürfnis seine Befriedigung findet."

Die Industriellen wollen also nicht einmal eine Entscheidung des Landtages abwarten, sondern verlangen, daß im Verordnungswege die Vorauszahlungsbeträge reduziert werden sollen.

Die schwierige Lage der deutschen Textilindustrie im allgemeinen und der sächsischen im besonderen macht es zwar begreiflich, wenn gerade die sächsischen Industriellen einen Vorstoß machen, aber wesentlich ist, daß die sächsischen Industriellen die Steuern auf die Arbeiter abwälzen wollen. Das sagen sie zwar nicht — aber es ist so.


**A. Maslow**

**„Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917"**

**5. Lieferung, soeben erschienen, erhältlich bei allen Lit.-Obleuten und der Buchhandlung Osw. Groß, Dresden, Röhrhofsgasse 24.**


## Wieder ein Hochverratsprozeß

**Leipzig**, 4. Mai. Vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik begann heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Hettner ein **Hochverrats- und Sprengstoffprozeß gegen sieben hannoversche Kommunisten.** Zu verantworten haben sich der Kesselschmied Ernst Ehlert, der Schlächter Erich Schmidt und der Sattler Otto Meyer aus Hannover, der Sattlermeister Friedrich Pröhl aus Düshorn, der Schlosser Heinrich Erxmeier aus Walsrode, der Dreher Friedrich Clausing aus Vorbrück, der Zimmermann Fritz Rickmann aus Walsrode.

## Internationale Waffenhandels-Konferenz

**Genf**, 4. Mai. Heute nachmittag wurde hier die Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels eröffnet. An dieser nahmen 13 Staaten teil, von denen Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Türkei und Aegypten dem Völkerbunde nicht angehören. Sowjetrußland hat die Beteiligung an der Konferenz abgelehnt. Die deutsche Delegation steht unter der Leitung des Gesandten v. Eckardt. Der vom Völkerbundsrat ernannte Präsident der Konferenz, der frühere belgische Ministerpräsident Carton de Wiart, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die deutsche Delegation und dankte ihr für ihre wertvolle Mitwirkung. Die Delegation der Vereinigten Staaten steht unter der Leitung von Burton, Mitglied des Repräsentantenhauses. An der Spitze der französischen Delegation steht der Abgeordnete Paul Boncour, an der Spitze der englischen Delegation der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Graf Onslow. Der Präsident wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Konferenz sich nur mit dem internationalen Waffenhandel, nicht aber mit der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie zu befassen habe. Da das im Jahre 1919 ausgearbeitete internationale Uebereinkommen von St. Germain infolge der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht in Kraft treten konnte, hat der Völkerbund diese neue Konferenz einberufen und ihr einen Entwurf für ein neues internationales Abkommen vorgelegt. Die Konferenz setzte eine Vollmachtsprüfungskommission und einen Ausschuß für die Ausarbeitung des Verhandlungsreglements ein. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag.

Die Konferenz bedeutet absolut keine Friedensverständigung, sie verfolgt wie der Völkerbund einen Zusammenschluß gegen Rußland.

## Wie der bürgerliche Schmok schwindelt

Die Telunion verbreitet die blödsinnige Meldung, daß der Rat der Volksbeauftragten am 8. April über die Rückkehr Trotzkis nach Moskau beraten hätte und die Entscheidung darüber vertagt wurde, weil Sinowjew, Bucharin und Frunse mit dem Austritt aus der KPR. gedroht hätten, falls man Trotzki bedingungslos die Rückkehr nach Moskau gestatte.

## Steigende Lebenshaltungskosten

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes für Sachsen hat sich seit Februar d. J. die Teuerungsstatistik, die Berechnung der Indexziffern der Lebenshaltungskosten, im ganzen Reiche geändert. Die Statistik wurde insofern auf eine breitere Grundlage gestellt, als zu den bisher einbezogenen Gütergruppen: Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung noch Aufwendungen für Verkehr, Körperpflege, Reinigung, Bildung und Unterhaltung hinzutraten. Hierdurch haben sich die Indexziffern, wie vorauszusehen war, erhöht. Betrug nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes die sächsische Indexziffer am 1. März nach früherer Methode 126,5 (Vorkriegszeit — 100), so ergab sich nach neuer Berechnungsart 137,5. Künftig sollen nur noch Monatsdurchschnitte der Indexziffern veröffentlicht werden. Im Monatsdurchschnitt betrug in Sachsen der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnungsart für Februar 138,0, für März 137,7, für April 138,1. Arbeiter! Wo bleibt deine Lohnerhöhung?

## Verschärfte Kontrolle durch die französische Besatzungsbehörde

**Koblenz**, 5. Mai. (Telunion.) Die französischen Besatzungsbehörden üben jetzt eine immer schärfere Kontrolle auf den Landstraßen aus. Besonders eingehend werden die Automobile untersucht. Ein Kaufmann wurde, weil sein Personalausweis kein Lichtbild enthielt, vom Kriegsgericht zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt.

## Ergebnisse der französischen Kommunalwahlen

**Wir brachten gestern über das Ergebnis der französischen Gemeindewahlen eine tendenziöse Meldung der Tel-Union, aus der zu entnehmen war, daß die KPD. bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahlen ins Hintertreffen geraten sei und entsprechend mehr Sozialisten gewählt worden seien. Nach den nunmehr vorliegenden näheren Mitteilungen läßt sich erkennen, daß von einem Sieg der Rechten bei den Gemeindewahlen keineswegs die Rede sein kann. Die Wahlen zeigen überall ein starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen.**

**So wurden in Paris bisher gewählt: 32 Kandidaten der Rechtsparteien, 8 Radikale, 5 Sozialisten und 2 Kommunisten. In 32 Fällen findet Stichwahl statt. Der bisherige Gemeinderat setzte sich aus 34 Vertretern der Rechten, 18 Sozialisten und 5 Kommunisten zusammen.**

## Allgemeine Wehrpflicht in Bulgarien

**Paris**, 5. Mai. (Telunion.) Nach einer Fournirmeldung aus Bulgarien hat die bulgarische Regierung an die Staaten der Kleinen Entente ein Memorandum gerichtet, in dem sie ausführlich die Gründe darlegt, aus denen zur Bekämpfung des Kommunismus in Bulgarien die Militärdienstpflicht wieder eingeführt werden muß. Eines der wichtigsten Argumente ist, daß die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht eine jährliche Ersparnis von einer Milliarde erzielt werden wird.

## Die Kabinettskrise in Belgien

Die Kabinettskrise dauert nahezu einen Monat, und nichts läßt darauf schließen, daß eine Lösung gefunden werden kann. Die Sozialisten sind nicht imstande, ein selbständiges Kabinett zu bilden. Die Rechtsparteien haben sich formell gegen eine Koalition ausgesprochen. Auch die Liberalen wollen einem sozialistischen Kabinett fernbleiben. Die katholischen Verbände nahmen eine Entschließung an, in der sie sich gegen jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten aussprechen. Unter diesen Umständen scheint die neue **Parlamentsauflösung nahe** zu sein. Nach den Abendblättern beabsichtigt der König, eine unparlamentarische Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen.

Diese Mitteilung zeigt, daß die Sozialdemokraten auch in Belgien einen Sieg errungen haben, mit dem sie nichts anzufangen verstehen.

## Zum Konflikt in der englischen mechanischen Industrie

**London.** Der Widerstand gegen die Pläne der Unternehmer in der mechanischen Industrie wird von Tag zu Tag schärfer. Bei einer Konferenz in Derwy, auf der zwölf Verbände vertreten waren, wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeiter entschlossen sind, gegen die Absichten der Unternehmer den schärfsten Kampf zu führen.

## Kommunistenverfolgung in England

**London, 5. Mai. Die englische Regierung hat den Kommunistenkongreß in Glasgow untersagt. An die Behörden sind Anweisungen ergangen, gegen den Kommunismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten.**

**London**, 5. Mai. Im englischen Unterhaus hat ein konservativer Abgeordneter eine Interpellation eingebracht über die antimilitaristische Propaganda. Er stellte formell an den Sekretär des Kriegsamtes die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß ein Flugblatt des Exekutivkomitees der KP. Englands unter den britischen Truppen verbreitet wird. Der Kriegsminister gab daraufhin die Erklärung ab, daß eine Untersuchung eingeleitet worden sei.

## Der Krieg in Marokko

**London**, 5. Mai. (Telunion.) Wie „Chicago Tribune" aus Madrid berichtet, sind die militärischen Vorbereitungen in der französischen Zone in Marokko entlang der spanischen Protektoratsgrenze in vollem Gange. Die Operationen sollen Ende Mai beginnen. Die Schiffe, die die spanischen Truppen und das Kriegsmaterial aufnehmen sollen, liegen jetzt im Hafen von Malaga. Die Riffstreitkräfte, die an der französischen Grenze zusammengezogen waren, sind aus dem Melilla- und Tetuan-Abschnitt zurückgezogen worden. Abdel Krim befestigt zurzeit sein Hauptquartier in Ajdir und die Höhen an der Küste von Alhuzemas, wo er die von den Spaniern erbeutete Artillerie aufstellt.